

Soziale Gerechtigkeit in der digitalen Gesellschaft

Eine intersektionale Spurensuche im politischen Diskurs der Netzbewegung

Die Netzbewegung setzt sich für die Freiheit des Internets ein und will Prinzipien des digitalen Lebens auf die Gesellschaft übertragen. Einige Aktivist*innen sind der Meinung, dass es um mehr gehen muss, als die Freiheit der bereits Privilegierten zu verteidigen. Sie fordern eine gerechte digitale Gesellschaft.



Kathrin Ganz

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Arbeit-Gender-Technik an der Technischen Universität Hamburg-Harburg. Forschungsschwerpunkte: Politisches Handeln im Netz, Netzpolitik, Hegemonietheorie und Intersektionalität. Promotionsprojekt zu den Subjektpositionen im politischen Diskurs der Netzbewegung, gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung.

Blog: iheartdigitallife.de

E-Mail: kathrin.ganz@tuhh.de

Immer diese Widersprüche

Das Streben nach Inwertsetzung ist ein immanenter Bestandteil kapitalistischer Ökonomie. Wir erleben gegenwärtig eine Ausdehnung der Kapitalakkumulation, mit der einhergeht, dass Informationen, Kreativität und Subjektivität zu treibenden Kräften des Wachstums werden. Das Internet ist das Aushängeschild dieser globalen Informationsökonomie. Weil sie die Spielregeln in etablierten Branchen verändern, werden Startups für ihre disruptiven Geschäftsmodelle gefeiert. Kommerzielle Social-Media-Plattformen erzielen Gewinne durch die Verwertung von Profildaten – auch dies eine Form der vielfach diagnostizierten Ökonomisierung des Sozialen.

Als globales Informationsmedium ist das Internet trotz des rebellischen Redens von „Revolution“ und „sharing economy“ Teil des kapitalistischen Systems. Gleichzeitig eröffnet das Digitale neue Möglichkeiten, sich dieser Verwertung zu entziehen. Durch die unbezahlte Kooperation Freiwilliger entstehen Freie Software, Wikipedia und eine große Zahl kleinerer Projekte, die in ihren jeweiligen Nischen genutzt werden. Durch netzbasierte soziale Praktiken können wir Erfahrungen sammeln, die unser Handeln auf Teilen statt Besitzen, Kooperation statt Konkurrenz, Gebrauchswert statt Profit ausrichten.

Felix Stalder beobachtet „eine zunehmende Spannung zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem privaten

Charakter der Aneignung der Profite“ (2014: 6). Dieser Widerspruch zwischen Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnis wird im gegenwärtigen Informationskapitalismus unter andern von der Netzbewegung politisch bearbeitet. In der Netzpolitik, einem relativ jungen Politikfeld, agiert die Netzbewegung als Vertreter*in zivilgesellschaftlicher Interessen – als Stimme der Netzbewohner*innen. Ihre Mission besteht darin, das „freie Internet“ gegen überbordende staatliche Regulierung und private Kommerzialisierung zu verteidigen.

In diesem Beitrag untersuche ich den politischen Diskurs dieser Bewegung aus einer intersektionalen Perspektive.¹ Mein Interesse beschränkt sich nicht darauf, wie die Aktivist*innen selbst positioniert sind, denn diese Frage ist einfach zu beantworten: Sie sind mehrheitlich weiß, männlich, mittleren Alters und verfügen über eine gute Ausbildung. Wie aber schreiben sich soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse in die politischen Artikulationen dieser Netzbewegung ein? Und was heißt das für die Frage nach sozialer Gerechtigkeit in der digitalen Gesellschaft?

Updates für die Gesellschaft

Die deutsche Netzbewegung konstituierte sich vor fast zehn Jahren anlässlich der europaweit geplanten Einführung der Vorratsdatenspeicherung. Neben Datenschutz und Überwachung stehen Themen wie Zensur und Netzneutralität im programmatischen Zentrum der Bewegung. Dies ermöglichte in den Jahren 2007-2009 große Mobilisierungserfolge. Demonstrationsbündnisse reichten von Hackergruppen über Berufsvereinigungen, Parteien bis hin zu Gruppen der links-autonomen Szene. Im Winter 2011 konnte mit den Protesten gegen ACTA noch an diese Erfolge angeknüpft werden. Nach den Snowden-Enthüllungen blieb eine große Protestwelle aus diesen Reihen jedoch aus. Gezielte Protestaktionen sollen das Format der Großdemo ablösen. Zudem beteiligen sich Aktivist*innen der Netzbewegung an rechtlichen Schritten gegen die umfassende Überwachung durch Geheimdienste.

Die Netzbewegung ist eine Allianz aus Hacker*innen, Bürgerrechtler*innen und Internetnutzer*innen. In Deutschland bilden der Chaos Computer Club (CCC), die Digitale Gesellschaft und Blogs wie netzpolitik.org wichtige Knotenpunkte. In Österreich verschafft sich u. a. die Initiative für Netzfreiheit in der öffentlichen Debatte um Netzpolitik Gehör. Auch die Piratenparteien sind in diesem Kontext entstanden. Auf europäischer Ebene agieren netzpolitische NGOs unter dem Dach von European Digital Rights (EDRI).

Im Alltag der Aktivist*innen spielt das Internet eine große Rolle. Das sind zum einen Hacker und Hacksen, die seit den 1980er Jahren mit Computern und Datennetzen experimentieren, und zum anderen jüngere Digital Natives, die mit dem Internet aufgewachsen sind. Gemeinsam ist ihnen, dass sie die netzpolitischen Vorhaben der letzten Jahre als Angriff auf ihren Lebensraum interpretieren. Netzfreiheit muss verteidigt werden, damit digitale Technologien ihre positiven gesellschaftlichen Potenziale entfalten können, von denen die Aktivist*innen schon heute profitieren. Im Wechselspiel mit digitaler Infrastruktur und neuen Formen von Arbeit entwickelt sich eine neue Subjektform: die „vernetzte Individualität“ (Rainie, Wellman 2012). Vor diesem Hintergrund artikuliert die Netzbewegung nicht nur Forderungen, die sich auf das Internet selbst beziehen. Sie fordert eine Gesellschaft, in der die Prinzipien der digitalen Welt verallgemeinert und gesellschaftlich implementiert werden. Anders als in den 1990er ist der Cyberspace für die heutigen Netzaktivist*innen kein Ort mehr, der von der Welt unabhängig sein soll. Die Unterscheidung zwischen offline und online, zwischen Cyberspace und Real Life ist hinfällig geworden; die Gesellschaft kann vom Cyberspace aber einiges lernen. Wenn Julia Reda, Spitzenkandidatin der deutschen Piratenpartei für die Europawahl, auf Twitter schreibt: „Europa. Die Plattform ist geil, aber scheiße konfiguriert“,² bringt sie das Gesellschaftsverständnis vieler Netzbewohner*innen zum Ausdruck: Gesellschaft als möglichst quelloffene Plattform, die von ihren Nutzer*in-

nen konfiguriert werden kann. Politische Reformen sind Updates für die Gesellschaft. Konzepte wie die Commons Based Peer Production oder Plattformneutralität dienen dazu, Zusammenarbeit und gesellschaftliche Institutionen entlang von Erfahrungen, die mit der Netzkultur zusammenhängen, weiterzuentwickeln.

Eine Abgrenzungsfolie der Bewegung sind die sogenannten Internetausdrucker: Menschen, die Websites ausdrucken und in Ordnern abheften und die dem Digitalen mit einem skeptischen Zögern und dem Wunsch nach mehr Kontrolle begegnen. Dem eigenen Selbstbild zufolge sind die Netzaktivist*innen dem Rest der Gesellschaft voraus – in den Worten eines Aktivist*innen: „Es gibt Leute, die leben die Zukunft, es gibt Leute, die leben noch die Gegenwart, und es gibt auch Leute, die leben eigentlich noch im Jahr 1980.“

Check Your Privilege!

Politische Bewegungen artikulieren aus einer spezifischen Position heraus Forderungen, die der gesamten Gesellschaft zugutekommen sollen. Dieses Spannungsverhältnis zwischen dem Partikularen und Universellen müssen Bewegungen diskursiv bearbeiten. Sie können selbstreflexive Prozesse zum Anlass nehmen, sich für neue Bündnisse zu öffnen, sie können an diesen Prozessen aber auch zerbrechen.

Im Fall der Netzbewegung kreisen diese Selbstreflexionsprozesse derzeit um das Stichwort „Privilegien“. Das hat mit dem Einfluss von netzfeministischen und anderen social justice Diskursen zu tun, die sich in digitalen Öffentlichkeiten mit der Netzbewegung überschneiden. Dadurch werden soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse explizit zum Thema. Aktivist*innen, die ich im Rahmen meiner Forschung interviewt habe, merken an, dass sich die Netzbewegung überwiegend aus technikaffinen, männlichen und weißen Personen zusammensetzt, die typischerweise zwischen 20 und 40 Jahre alt sind und über einen hohen Bildungsstand sowie materielle und zeitliche Ressourcen für politisches Engagement verfügen. Die Bewegung sollte sich damit auseinandersetzen, aus einer solch privilegierten Position heraus zu agieren.

Diese Kritik richtet sich auf die Selbstkonstruktion der Szene. „Hört auf mit eurem Nerd Pride“ ist die Forderung einer Aktivist*in, die findet, dass sich die Szene von einem Gefühl der Überlegenheit leiten lässt, ohne dabei die Herrschaftsverhält-

nisse in Betracht zu ziehen, durch die sie zur selbsternannten Avantgarde der digitalen Gesellschaft wurden.

Der Nerd war bislang ein klassischer Außenseitertyp. Nach Laurie Kendall (2011) verbinden sich in der Figur des Nerds u. a. drei Annahmen: Nur Nerds würden Computer verstehen, Nerds seien unbeliebt und aus diesem Grund sozial inkompetent und Nerds seien weiße Männer. Dieses Stereotyp führt zu Ausschlüssen, die sich in Szenen wie der Hacker- oder Gamer-Szene mitunter beobachten lassen: Wenn nur Nerds Computer verstehen und wenn Nerds weiße Männer sind, dann können People of Color und Frauen keine Ahnung von Computern haben. Tauchen sie doch einmal in Nerd-Kontexten auf und werden dort als merkwürdige Ausnahmeerscheinung beäugt oder als „fake“ diskreditiert, liegt das an der sozialen Inkompetenz der Nerds, die sich aus ihrem Außenseiterstatus ergibt.

Im Bild des Nerds verschränken sich gesellschaftliche Normen und soziale Strukturen. Für einige Aktivist*innen ist das Außenseitertum der Nerds ein wichtiger Bezugspunkt, mit dem sie ihr Bedürfnis nach einer eingeschworenen Gemeinschaft verbinden. Andere kritisieren das selbsternannte Außenseitertum als eine Immunisierung gegen die Auseinandersetzung mit Privilegien. Die Netzbewegung verschließe sich so gegenüber Menschen, denen das Digitale noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen ist. Mit der voraussetzungsvollen Art, Debatten zu führen, grenze sie ganze Milieus aus. Insbesondere jüngere Aktivistinnen, die sich noch nicht durch jahrelange Arbeit im Hacker- oder IT-Umfeld etablieren konnten, berichten zudem von konkreten Ausgrenzungserfahrungen, die sie in netzpolitischen Zusammenhängen gemacht haben. Sie nehmen die Bewegung als „Men’s Club“ wahr, fordern mehr Diversität und wehren sich gegen sexistische Zuschreibungen, wenn etwa Frauen pauschal unterstellt wird, ihnen fehle es an technischem Verständnis.

Gerechtigkeit in der Digitalen Gesellschaft

Mit dieser Auseinandersetzung um die kollektive Identität der Bewegung ist die Frage verbunden, was soziale Gerechtigkeit in der digitalen Gesellschaft heißt. Eine Politik „für alle“ zu machen, die sich aus den Erfahrungen im digitalen Lebensraum speist, setzt voraus, darüber nachzudenken, wie verschiedene gesellschaftliche Gruppen diese Welt bisher erlebt haben. Im netzpolitischen Diskurs werden u. a.



diejenigen Stimmen immer lauter, die darauf hinweisen, dass „Meinungsfreiheit“ im Internet immer auch dann hochgehalten wird, wenn es darum geht, unbeschränkten Hass gegenüber Frauen, People of Color und anderen auszuschütten. Die Enthüllungsplattform Wikileaks ließ kürzlich auf Twitter verlauten: „#GameGate/ers should know that the pattern of censorship & cronyism they see is mirrored at the very top.“⁴³ Die Medienkritikerin Anita Sarkeesian, gegen die sich „Gamer Gate“ richtet, trägt allerdings keine Verantwortung für Kriegsverbrechen und Ausbeu-

tung, sondern beschäftigt sich in ihren Videoessays mit Geschlechterbildern in Computerspielen. In Reaktion darauf wird sie seit zwei Jahren mit sexistischen Attacken, Mord- und Anschlagdrohungen konfrontiert, die von ihren Gegnern als Einsatz für free speech verherrlicht werden. Während Sexismus und Rassismus im Netz zunehmend kritisiert werden, gibt es andere Formen von sozialer Ungleichheit, die innerhalb der Bewegung noch kaum thematisiert werden. Das gilt auch für die Produktionsbedingungen, unter denen digitale Technologien hergestellt werden. Zwar

interessieren sich einige Nutzer*innen für faire Mäuse und Smartphones. Darüber hinaus wird aber kaum thematisiert, dass eine Entwicklerin bei Google oder ein IT-Security-Consultant hervorragend bezahlt wird, wohingegen am anderen Ende der Produktionskette Ausbeutungsbedingungen herrschen, die auf Profitmaximierung zugeschnitten sind.

Die Selbstreflexion, die einige Aktivist*innen in die Bewegung tragen, wenn sie über Privilegien und Diskriminierung in der Netzbewegung sprechen, ist eine Chance. Die Netzbewegung kann nur in den Kampf gegen die kapitalistische Hegemonie treten, wenn sie die Position verschiedener gesellschaftlicher Gruppen in der digitalen Gesellschaft mitdenkt. Der Kampf um bürgerliche Freiheitsrechte allein kann von den hegemonialen Kräften vereinnahmt werden, wenn diese am Ende nur den „guten“ Staatsbürger*innen zugesprochen werden. Jene, die keine Staatsbürger*innen sind oder von der bürgerlichen Norm abweichen, weil sie zum Beispiel Transferleistungen beziehen oder als Sexarbeiter*innen ihren Lebensunterhalt bestreiten, sind oft nicht mit gemeint, wenn im bürgerlichen Feuilleton für digitale Freiheit gestritten wird. Bleiben solche Perspektiven auf der Strecke, sind auch die Erfolge der Netzbewegung nur ein Zeichen dafür, dass es hegemonialen Kräften gelingt, die Zustimmung der selbsternannten digitalen Avantgarde zum System zu sichern.

Anmerkungen

1 Der Artikel basiert auf meinem Dissertationsprojekt, das Subjektpositionen im politischen Diskurs der Netzbewegung mit der intersektionalen Mehrebenenanalyse (Winker, Degele 2009) untersucht.

2 Tweet vom 27.3.2014: <http://twitter.com/Senficon/status/449318472691253248>.

3 Tweet vom 15.9.2014: <https://twitter.com/wikileaks/status/511727048931282944>.

Literatur

- Kendal, L.: „White and Nerdy“: Computers, Race, and the Nerd Stereotype. In: *The Journal of Popular Culture* 44, 3/2011, pp. 505-524.
- Rainie, L., B. Wellman: *Networked. The New Social Operating System*. Cambridge, Mass.: MIT Press 2012.
- Stalder, F.: *Digitale Solidarität*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung 2014.
- Winker, G., N. Degele: *Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheit*. Bielefeld: transcript 2009. ■